

DER KOMMENTAR



Kurt Oberholzer,
Chefredakteur

One in, one out

Österreichs Politik-Riege ist mit einem besonders häufig auftretenden Politiker-Typus durchsetzt: den Steuerverstehern und Belastungskreativen. Sie finden sich in allen Parteien. Kein Monat ohne neuen Steuervorschlag oder Belastungsversuch, sei er steuertechnisch, bürokratisch oder arbeitskostenerhöhend. Was dem einen die Festplattenabgabe, ist dem anderen die City-Maut, oder die sechste Urlaubswoche oder die Lkw-Maut auf allen Straßen. Dieser jüngste Vorstoß kam leider aus Salzburg und wurde bundesweit ausgerollt. Diese Steuer wird nicht leisten, was man von ihr will, weil sie es nicht kann und weil sie auch nicht notwendig ist. Etwa den „bösen“ Transit aufzuhalten, der mit zahllosen Fahrverboten im ganzen Bundesgebiet gezügelt ist. Oder den regionalen Lkw-Verkehr zurückzudrängen, weil ja aus Lust und Laune durch die Gegend gefahren wird, und nicht, weil eine Transportleistung nachgefragt wird. Besonders polemisch ist es, dem Lkw-Transport die „Kosten“ für die Straßenerhaltung nochmals umzuhängen, wohl wissend, dass diese Rechnung angesichts 1,1 Mrd. € an Mineralölsteuereinnahmen aus der Verkehrswirtschaft schon bezahlt worden ist, zusätzlich zu den Mautleistungen für die Asfinag und anderen Steuern in Höhe von 5 Mrd. €. Im Grunde handelt es sich um eine neue Budgetloch-Stopfaktion, mit der nur eines erreicht wird: Nicht der Transit, sondern die Region zahlt die Zeche. Bauern für die Milchtransporte, Häuslbauer für die Ziegelanlieferung, Nahversorger für die Gemüse-Lieferung und mittelständische Betriebe für Belieferung ihrer Kunden. Alles auf Rädern soll dem finalen Steuerzugriff unterworfen werden.

Dem ist entgegenzuhalten: Über 45% Steuerquote sind genug! Und auch rund 6 Mrd. € an Steuern aus der Verkehrswirtschaft. Der Staat hat endlich mit seinem Geld auszukommen, das er überreichlich nimmt! Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsprogramm ein recht gutes Vorhaben formuliert: „One in, one out“. Für jedes neue Gesetz oder jede neue Verordnung soll ein bereits bestehendes Gesetz entfallen. Gleiches sollte für die Steuererfinder dieses Landes gelten: Sie sind mit Blick auf eine der höchsten Steuerbelastungen in der EU aufgerufen, für jeden ihrer steuerlichen Kreativblitze in einem Akt einen Entlastungsvorschlag vorzulegen, der aber nicht quasi automatisiert zu Lasten der Wirtschaft geht. Noch besser wäre es freilich, sich unsinnige, alle belastenden Steuerideen von vornherein zu verkneifen – wie die flächendeckende Lkw-Maut.



Foto: Neumayr

Schulterschluss für den Mittelstand. Gewerbevereinspräsidentin KomMR Margarete Kriz-Zwittkovits und Mag. Wolfgang Lusak (rechts) haben die „Lobby der Mitte“ ins Leben gerufen und in Urstein präsentiert. Links SW-Chefredakteur Dr. Kurt Oberholzer, Moderator der Veranstaltung und Co-Autor des „Mittelstandsmanifests“ der WKS.

Den Mittelstand stärken und zum Thema in der Politik machen

Wer genießt das meiste Vertrauen in Österreich? Mag. Wolfgang Lusak, Gründer der „Lobby der Mitte“ und Lobbying-Coach, gab vergangene Woche in einem Vortrag in Urstein die Antwort: „Es ist der Mittelstand!“

Gemeinsam mit der Präsidentin des Österreichischen Gewerbevereines, KomMR Margarete Kriz-Zwittkovits, präsentierte er in einer Veranstaltung mit der WKS die Ergebnisse seines jüngsten Mittelstands- und Lobbying-Barometers 2014. Margarete Kriz-Zwittkovits definierte zuvor, was sie unter Mittelstand versteht: „Das sind die Wertschöpfer, die mehr ins System einzahlen, als sie leisten, und dabei über viele Jahre hinweg auch noch Substanz aufbauen für die nächsten Generationen.“ Diese große Gruppe müsse unbedingt erhalten werden. Sie forderte den Abbau von Belastungen bei Steuern und Bürokratie und die Stärkung der Lehre und der Fachkräfteausbildung.

Wolfgang Lusak, erfahrener Manager und nunmehr Lobbying-Coach und Berater für viele Verbände und Unternehmen, verwies darauf, dass sich der Mittelstand bzw. die KMU zu wenig in der Politik durchsetzen würden, weil sie zu wenig Lobbying für ihre Anliegen betreiben. Weshalb auch zu wenige Mittelständler im Parlament säßen, lautet seine Analyse.

Dabei schätzen die Österreicher den Mittelstand, wie eine repräsentative Gallup-Umfrage im Auftrag von Lusak ergeben hat. Wer würde Österreich am ehesten aus der Krise bringen? Die kleinen und mittelständischen Unternehmen genießen dabei mit 42% (2012: 32%) das größte Vertrauen in puncto Lösungsfähigkeit. Umgekehrt nahm das Zutrauen in die Krisenbewältigung der Politik von 40% auf 34% ab. „Mittelstand und KMU sind die klare Nummer eins unter den Krisenrettern“, erklärte Lusak. 89% der Österreicher betonten außerdem, dass der Mittelstand sehr wichtig bzw. wichtig für Wirtschaft und Gesellschaft sei.

Wird danach gefragt, wer die Mittelstands-Interessen am besten vertritt, nennt die Mehrheit (60%) der Österreicher die Wirtschaftskammer-Organisation als die Nummer eins. Allerdings glauben 51% der Österreicher, dass die Regierung nichts für den Mittelstand unternehmen wird, weshalb 60% der Befragten Lobbying für den Mittelstand durchaus als positiv betrachten. Lusak zieht die Schlussfolgerung aus den Fakten: „Das Umfeld ist reif für eine Ermächtigung des Mittelstandes.“ Weshalb es mehr Unternehmer im Parlament brauche, ein eigenes Staatssekretariat für den Mittelstand und eine stärkere Verankerung des Mittelstands in der WKO. Sein Motto: „Nicht genießen, lobbyieren!“



Weitere Informationen:
www.lobbydermitte.at,
www.lusak.at